Herrn
Oberbürgermeister Oberdorfer
- im Hause -

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anträgen der Fraktionen zum TOP 2.4 der Stadtratssitzung am 03.03.2015 – Verwaltungsvorlage „Haushaltssatzung 2015/2016“ (Drucksachenummer 134/2015) in der Reihenfolge der vorgesehenen Abstimmung

Sehr geehrter Herr Oberdorfer,

zu den o.g. Anträgen der Fraktionen nehmen wir wie folgt Stellung:

Reg.-Nr. 30-15 Antrag 1 - SPD/Grüne-Fraktion

- **Beschluss der Haushaltssatzung nur für das Jahr 2015**
- **Beschluss Finanzplan 2015 – 2018**
- **(...)**
- **Beauftragung OB Fortschreibung Auseinandersetzungsvereinbarung...**

Mit der Einführung der Doppik hat die mehrjährige Finanzplanung stark an Bedeutung gewonnen. Jeder Haushaltsansatz ist konkret für das Planjahr und den mittelfristigen Planungszeitraum (die drei darauffolgenden Jahre) zu veranschlagen. Bei einem Doppelhaushalt wird (lediglich) noch ein weiteres Jahr hinzugefügt. Die Durchschaubarkeit des Haushaltes wird dadurch in keinster Weise beeinträchtigt. Der gravierende Unterschied besteht darin, dass neben der Haushaltssatzung für 2015 noch eine Haushaltssatzung für 2016 erlassen wird. Das hat den großen Vorteil, dass die Phase der vorläufigen Haushaltsführung in 2016 entfällt. Dies wirkt sich u.a. positiv auf die Ausschreibung von Baumaßnahmen sowie auf die Gewährung freiwilliger Leistungen aus. Die Einflussmöglichkeiten des Rates sieht die Verwaltung durch einen Doppelhaushalt nicht beschnitten. Das Haushaltsrecht bietet z.B. durch die Möglichkeit der Bereitstellung außer- und überplanmäßiger Mittel (§79 SächsGemO) ein Mittel der flexiblen Bewirtschaftung. Bei Erfordernis kann durch die Fachbedienstete für das Finanzwesen eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt werden (§ 30 SächsKomHVO-Doppik), die der Stadtrat aufheben kann. Besonders zu beachten ist die Möglichkeit bzw. unter bestimmten Bedingungen Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung gemäß § 77 SächsGemO. Zusammenfassend schätzt die Verwaltung ein, dass das Instrument des Doppelhaushaltes, das z.B. auch der Freistaat Sachsen seit Jahren nutzt, erhebliche Chancen und Vorteile mit sich bringt.

Auf aktuelle Entwicklungen und neue Erkenntnisse kann damit jederzeit im Rahmen des Haushaltsvollzuges mit verschiedenen Instrumenten reagiert werden. Den von der Fraktion angesprochenen möglichen finanziellen Auswirkungen (z.B. aus der Erstellung der Strukturkonzepte) stehen andererseits Risiken (z.B. aus der Entwicklung der Kreisumlage) gegenüber. Auch die Verabschiedung eines Einjahres-Haushaltes ist mit erheblichen Risiken (z.B. neben der Kreisumlagenentwicklung auch die Gewerbesteuerentwicklung) verbunden. Ein beschlossener Haushaltsplan für zwei Jahre steht weder einer Entwicklung von Konzepten noch Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis entgegen.

Reg.-Nr. 22-15 Antrag zu „Grundsteuer B“ – CDU-Fraktion

Von der Verwaltung kann dieser Antrag **nicht** befürwortet werden.

Die Erhöhung des Hebesatzes in der Grundsteuer auf den Hebesatz von 505 v.H. (Görlitz 500 v.H., Zwickau 510 v.H.) ist - unter Berücksichtigung der Erhöhung der Kreisumlage auf 33,3 % im Haushaltsplan- **unbedingt erforderlich**, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen zu sichern.

Sollte der Antrag angenommen werden, ergeben sich in der Grundsteuer B wesentlich geringere Erträge und Einzahlungen. Liquiditätswirksam sind folgende Mindereinzahlungen: 2015: 920.084 EUR, 2016-2019: jährlich 920.920 EUR, damit insgesamt 4.603.764 EUR.

Die als Deckungsquelle genannten Einsparungen von Personalkosten lt. Ergänzungsblatt vom 23.02.2015 sind wie dort eindeutig ausgewiesen zur Deckung der eingeplanten Kreisumlagerhöhung auf 33,3 % erforderlich und stehen somit nicht zur Verfügung.

Die Deckungsquelle Gewinnabführung der Sparkasse Vogtland kann nicht eingeplant werden, da gemäß Kreditvertrag zur Finanzierung des Abfindungsanspruches aus der Sparkassenträgerschafts-Rückabwicklung (Austritt Sachsen-Finanzgruppe) – Verwaltungsvorlage DS-Nr. 074/2014 – die Ausschüttungen zur Rückführung der Darlehensschuld zu verwenden sind. Dies ist auch Inhalt einer (angefochtenen) Auflage der Rechtsaufsichtsbehörde im Rahmen der Genehmigung der Haushaltssatzung 2015 des Sparkassen-Zweckverbandes.

Reg.-Nr. 29-15 Antrag – Fraktion FDP/Initiative Plauen

- **Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Grundsteuer B mit einem Hebesatz vom 475 von Hundert.**

Deckung:

- **Verschiebung der Bau- und Investitionsmaßnahme „Weißbachsches Haus“ zunächst um ein Jahr**

Von der Verwaltung kann dieser Antrag **nicht** befürwortet werden.

Die Erhöhung des Hebesatzes in der Grundsteuer auf den Hebesatz von 505 v.H. (Görlitz 500 v.H., Zwickau 510 v.H.) ist - unter Berücksichtigung der Erhöhung der Kreisumlage auf 33,3 % im Haushaltsplan- **unbedingt erforderlich**, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen zu sichern.

Sollte der Antrag angenommen werden, ergeben sich in der Grundsteuer B wesentlich geringere Erträge und Einzahlungen. Liquiditätswirksam sind folgende Mindereinzahlungen: 2015: 501.864 EUR, 2016-2019: jährlich 502.320 EUR, damit insgesamt 2.511.144 EUR.

Zur angegebenen Deckungsquelle ist zu sagen, dass der geplante Eigenanteil für diese Maßnahme in 2015 lediglich 50.000 Euro beträgt, die zudem nicht aus dem Bestand liquider Mittel, sondern aus Kredit finanziert werden sollen.

Reg.-Nr. 28-15 Antrag - Fraktion FDP/Initiative Plauen

- **Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Gewerbesteuer mit einem Hebesatz vom 430 von Hundert.**

Deckung:

- **weitere Optimierung der Personalkosten, u.a. Umstrukturierung im Bereich ADV**
- **Verringerung der Zinsaufwendungen**
- **Kosteneinsparungen bei Wartungsverträgen**

Von der Verwaltung kann dieser Antrag **nicht** befürwortet werden:

Die Erhöhung des Hebesatzes in der Gewerbesteuer auf den Hebesatz von Görlitz und Zwickau i.H.v. 450 v.H. ist - unter Berücksichtigung der Erhöhung der Kreisumlage auf 33,3 % im Haushaltsplan - **unbedingt erforderlich**, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen zu sichern.

Sollte der Antrag angenommen werden, ergeben sich in der Gewerbesteuer im Zeitraum 2015 – 2019 geringere Erträge und Einzahlungen in Höhe von 4.431.461 EUR (2015: 835.955 EUR, 2016: 858.427 EUR, 2017: 880.899 EUR, 2018: 912.360 EUR, 2019: 943.820 EUR).

Deckungsquellen:

- a) Die Deckungsquelle Personalkosten kann nicht veranschlagt werden, hierzu wird auf die umfangreichen Ausführungen der Verwaltung, z.B. im Verwaltungsausschuss verwiesen.
- b) Verringerung Zinsaufwendungen gegenüber dem Planentwurf
Die Möglichkeiten von Zinseinsparungen im Planungszeitraum würden theoretisch zum einen durch eine Herabsetzung der angenommenen Zinssätze für Umschuldungen und Neuaufnahmen in den Jahren 2015 bis 2019 und zum anderen durch Streichung von Investitionen und damit einer geringeren Neuverschuldung bestehen.

Bei der Planung zum Haushalt 2015/2016 haben wir unter Berücksichtigung der Marktlage und der Erfahrungen aus den letzten Kreditausschreibungen und Gesprächen mit verschiedenen Banken sowohl für die Umschuldungen, als auch für die Kreditneuaufnahmen jeweils einen Planungszinssatz festgelegt.

Auch die Ergebnisse der Angebotsabgabe zur letzten Kreditausschreibung (Informationsvorlage 140/2015) sprechen dafür, diese Einschätzungen beizubehalten.

Eine Herabsetzung der Planungszinssätze würde ein Risiko bergen, welches wir auch in Anbetracht weiterer Risiken der Haushaltsplanung als nicht vertretbar einschätzen.

- c) Kosteneinsparungen durch Überprüfung von Wartungsverträgen
Im Haushalt 2015/2016 sind Aufwendungen für IT-Wartungsverträge (S. G 12 Pos. 3.3) für das Jahr 2015 in Höhe von 284.191 EUR und für das Jahr 2016 in Höhe von 286.009 EUR enthalten.

Dieser Betrag beinhaltet die Wartungsverträge für Software,

- u.a.
- AutiSta (Standesamt)
 - MESO (Pass- und Meldewesen)
 - NewSystem (Haushalt-, Kassen-, Rechnungswesen)
 - SAGE (Lohnprogramm)
 - Fabasoft (Dokumentenmanagementsystem)
 - GIS (Geoinformationssystem).

Wartungs- und Pflegeverträge werden für die Gewährleistung der Verfügbarkeit, Funktionsfähigkeit und langfristigen Nutzbarkeit der Investition für die Aufgabenerfüllung abge-

schlossen. In den Verträgen ist die Mängelbehebung, die Bereitstellung von Updates, Upgrades, Releases für die technologische und fachliche Weiterentwicklung sowie Unterstützung des Betriebs hinsichtlich Hotline, Zugriff auf Knowledge Base oder Administrationsunterstützung geregelt. In einigen Verträgen sind die Leistungen für die Bereitstellung des Services (Hosting) gebunden.

Seitens des IT-Managements erfolgt stets eine gewissenhafte Prüfung der Verträge, vor allem auch bei anstehenden Vertragsänderungen.

Im vergangenen Jahr erfolgten Reduzierungen durch Vertragskündigungen (u.a. AVVISO-Vollstreckung -5.312 EUR) und durch Vertragsänderungen z.B. bei dem Support-Vertrag Fabasoft (jährl. Reduzierung um ca. 11.000 EUR).

Dem gegenüber stehen notwendige Mehraufwendungen u.a. durch Kauf von erforderlichen Lizenzen (Fabasoft) und durch Vertragsanpassungen u.a. bei NewSystem (Haus-, Kassen-, Rechnungswesen).

Diese sind ausführlich im HH-Entwurf 2015/16 Seite G 13 zu Position 3.3 erläutert.

Eine Einsparung durch Vertragskündigungen bzw. Vertragsänderungen ist aus unserer Sicht derzeit nicht möglich.

Wie bisher werden die Verträge einer gründlichen Prüfung unterzogen, insbesondere wenn Neuabschlüsse oder Vertragsverlängerungen anstehen.

Auch der Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung hat bisher nur Wartungsverträge abgeschlossen und aufrechterhalten, die fachlich und wirtschaftlich notwendig sind, um die IT-Infrastruktur in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten.

Die vorstehenden Aussagen, insbesondere zu Vertragsprüfungen und Vertragsanpassungen, treffen inhaltlich ebenso auf die Wartungsverträge der Multifunktionsgeräte zu.

Reg.-Nr. 23-15 Antrag zu „Gewerbsteuer“ – CDU-Fraktion

Von der Verwaltung kann dieser Antrag **nicht** befürwortet werden:

Die Erhöhung des Hebesatzes in der Gewerbesteuer auf den Hebesatz von Görlitz und Zwickau i.H.v. 450 v.H. ist - unter Berücksichtigung der Erhöhung der Kreisumlage auf 33,3 % im Haushaltsplan - **unbedingt erforderlich**, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen zu sichern.

Sollte der Antrag angenommen werden, ergeben sich in der Gewerbesteuer im Zeitraum 2015 – 2019 geringere Erträge und Einzahlungen in Höhe von 2.215.731 EUR (2015: 417.978 EUR, 2016: 429.214 EUR, 2017: 440.449 EUR, 2018: 456.180 EUR, 2019: 471.910 EUR).

Deckungsquellen:

a) Verringerung Zinsaufwendungen gegenüber dem Planentwurf

Die Möglichkeiten von Zinseinsparungen im Planungszeitraum würden theoretisch zum einen durch eine Herabsetzung der angenommenen Zinssätze für Umschuldungen und Neuaufnahmen in den Jahren 2015 bis 2019 und zum anderen durch Streichung von Investitionen und damit einer geringeren Neuverschuldung bestehen.

Bei der Planung zum Haushalt 2015/2016 haben wir unter Berücksichtigung der Marktlage und der Erfahrungen aus den letzten Kreditausschreibungen und Gesprächen mit verschiedenen Banken sowohl für die Umschuldungen, als auch für die Kreditneuaufnahmen jeweils einen Planungszinssatz festgelegt.

Auch die Ergebnisse der Angebotsabgabe zur letzten Kreditausschreibung (Informationsvorlage 140/2015) sprechen dafür, diese Einschätzungen beizubehalten. Eine Herabsetzung der Planungszinssätze würde ein Risiko bergen, welches wir auch in Anbetracht weiterer Risiken der Haushaltsplanung als nicht vertretbar einschätzen.

b) Reduzierung Investitionsprogramm (17-0000003) Spielgeräte Lutherplatz und weiterer Anschaffungen

Für Spielgeräte Lutherplatz waren ursprünglich in 2015 23 TEUR und in 2016 15 TEUR vorgesehen.

Im Ergebnis der Nachfrage der Fraktion „DIE LINKE“ wurde im Rahmen der Beschlussvorlage zum Haushalt die Erläuterung geändert: Die maßnahmenkonkrete Untersetzung ist entfallen, die konkreten Projekte sollen nach Auswertung der Vorschläge zum Bürgerhaushalt benannt werden.

Sollten diese Mittel reduziert werden, würden noch folgende Beträge zur Verfügung stehen: 2015: 31 TEUR, 2016-2019: 30 TEUR.

Die Instandsetzung, Auswahl und Gestaltung vorhandener und zusätzlicher Spielplätze und -möglichkeiten in Auswertung des Bürgerhaushaltes können dann nur in Höhe der eingeordneten Mittel erfolgen.

c) Kosteneinsparungen durch Überprüfung von Wartungsverträgen im IT-Bereich

Im Haushalt 2015/2016 sind Aufwendungen für IT-Wartungsverträge (S. G 12 Pos. 3.3) für das Jahr 2015 in Höhe von 284.191 EUR und für das Jahr 2016 in Höhe von 286.009 EUR enthalten.

Dieser Betrag beinhaltet die Wartungsverträge für Software,

- u.a.
- AutiSta (Standesamt)
 - MESO (Pass- und Meldewesen)
 - NewSystem (Haushalt-, Kassen-, Rechnungswesen)
 - SAGE (Lohnprogramm)
 - Fabasoft (Dokumentenmanagementsystem)
 - GIS (Geoinformationssystem).

Wartungs- und Pflegeverträge werden für die Gewährleistung der Verfügbarkeit, Funktionsfähigkeit und langfristigen Nutzbarkeit der Investition für die Aufgabenerfüllung abgeschlossen. In den Verträgen ist die Mängelbehebung, die Bereitstellung von Updates, Upgrades, Releases für die technologische und fachliche Weiterentwicklung sowie Unterstützung des Betriebs hinsichtlich Hotline, Zugriff auf Knowledge Base oder Administrationsunterstützung geregelt. In einigen Verträgen sind die Leistungen für die Bereitstellung des Services (Hosting) gebunden.

Seitens des IT-Managements erfolgt stets eine gewissenhafte Prüfung der Verträge, vor allem auch bei anstehenden Vertragsänderungen.

Im vergangenen Jahr erfolgten Reduzierungen durch Vertragskündigungen (u.a. AVVISO-Vollstreckung -5.312 EUR) und durch Vertragsänderungen z.B. bei dem Support-Vertrag Fabasoft (jährl. Reduzierung um ca. 11.000 EUR).

Dem gegenüber stehen notwendige Mehraufwendungen u.a. durch Kauf von erforderlichen Lizenzen (Fabasoft) und durch Vertragsanpassungen u.a. bei NewSystem (Haushalt-, Kassen-, Rechnungswesen).

Diese sind ausführlich im HH-Entwurf 2015/16 Seite G 13 zu Position 3.3 erläutert.

Eine Einsparung durch Vertragskündigungen bzw. Vertragsänderungen ist aus unserer Sicht derzeit nicht möglich.

Wie bisher werden die Verträge einer gründlichen Prüfung unterzogen, insbesondere wenn Neuabschlüsse oder Vertragsverlängerungen anstehen.

Auch der Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung hat bisher nur Wartungsverträge abgeschlossen und aufrechterhalten, die fachlich und wirtschaftlich notwendig sind, um die IT-Infrastruktur in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten.

Reg.-Nr. 33-15 Antrag 4 – SPD/Grüne-Fraktion

- **bis 2019 keine weitere Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer**

Antrag wird von der Verwaltung befürwortet.

Anmerkung: Die im Antrag der Fraktion aufgeführten Hebesätze sind vertauscht, eine Korrektur muss bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden.

Reg.-Nr. 31-15 Antrag 2 SPD/Grüne-Fraktion

- **2015 Einzahlung aus Waldverkäufen streichen**
- **2016 - 2018 Einzahlungen aus Waldverkauf streichen**
- **für Forsteinrichtungsperiode 2015 – 2024 Reinertragserwartungen für 2016 – 2018 in Höhe von 1 Mio. jährlich planen**
- **Verkauf von Splitterflächen durch GAV möglich**
- **zusätzlichen Ertrag zur Vergleichsinventur 2004 für 2015 aufnehmen**
- **Erträge aus Waldbewirtschaftung ab 2016 jährlich um 750.000 Euro erhöhen**

Siehe auch Stellungnahme der Verwaltung vom 27.02.2015 zum Antrag Reg.-Nr. 25-15 CDU „Verkauf von Wald“.

„Zu diesem Antrag wird auf die Änderungen gemäß Mitteilung an die Fraktionen vom 24.02.2015 verwiesen. Die im Antrag geforderte Berichterstattung wird entsprechend des Planungsfortschrittes der Forsteinrichtung zum gewünschten Termin erfolgen.

Eine Veranschlagung von Erlösen aus der Waldbewirtschaftung in Höhe von 4,8 Mio. EUR wird als nicht vertretbar eingeschätzt. Dazu wird auf die Beantwortung der Anfrage von Hr. SR Zabel aus der Stadtratssitzung vom 03.02.2015 durch den Eigenbetrieb GAV am 19.02.2015 verwiesen.

*Daher ist bei Beschlussfassung des Antrages die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen im Planungszeitraum **nicht** mehr gegeben.“*

Reg.-Nr. 25-15 Antrag zu „Verkauf von Wald“ – CDU-Fraktion

Zu diesem Antrag wird auf die Änderungen gemäß Mitteilung an die Fraktionen vom 24.02.2015 verwiesen. Die im Antrag geforderte Berichterstattung wird entsprechend des Planungsfortschrittes der Forsteinrichtung zum gewünschten Termin erfolgen.

Eine Veranschlagung von Erlösen aus der Waldbewirtschaftung in Höhe von 4,8 Mio. EUR wird als nicht vertretbar eingeschätzt. Dazu wird auf die Beantwortung der Anfrage von Hr. SR Zabel aus der Stadtratssitzung vom 03.02.2015 durch den Eigenbetrieb GAV am 19.02.2015 verwiesen.

Daher ist bei Beschlussfassung des Antrages die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen im Planungszeitraum **nicht** mehr gegeben.

Reg.-Nr. 26-15 Antrag zu „Gewinnabführung WBG Plauen mbH“ – CDU-Fraktion

Der Antrag wird von der Verwaltung **nicht** befürwortet.

Die Gewinnabführung der WbG Plauen mbH wurde ausführlich mit dem Geschäftsführer Herrn Thiele beraten. Sie dient u.a. als Gegenfinanzierung zu dem ab 2015 erhöhten Planansatz für Grünflächenpflege (Zahlung an ISP GmbH). Es wurde vereinbart, dass im Zuge der Haushaltsplanung 2017 geprüft wird, ob diese Gewinnabführung weiter eingeplant werden kann oder ob stattdessen z.B. im Ergebnishaushalt geplante städtische Baumaßnahmen oder Zuschüsse für Baumaßnahmen gestrichen werden müssen.

Die Deckungsquelle kann nicht veranschlagt werden, hierzu wird auf die umfangreichen Ausführungen der Verwaltung, z.B. im Verwaltungsausschuss verwiesen.

Wenn der Antrag beschlossen wird, hat dies in den Jahren 2017 -2019 jährliche Mindererträge und Mindereinzahlungen von 200 TEUR zur Folge, wodurch die Zahlungsfähigkeit der Stadt bis zum Ende des Planungszeitraumes **nicht** mehr gesichert wäre.

Reg.-Nr. 34-15 Antrag 5 - SPD/Grüne-Fraktion

- **Streichung des Honorars für den freien Mitarbeiter zur Gestaltung des Mitteilungsblattes**

Die Stellungnahme erfolgte bereits im Rahmen der Beantwortung der Anträge zum Haushaltsplanentwurf (siehe Unterlagen zum TOP 2.4 Stadtrat 02.03.2015, Drucksachen Nr.: 134/2015)

„Der Honorarvertrag wurde abgeschlossen, um die Einrichtung einer Stelle aufgrund des gestiegenen Arbeitsanfalls im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu vermeiden und somit Personalkosten einzusparen. Über den Honorarvertrag wird der tatsächliche Aufwand nach Seiten pro Ausgabe finanziert, dieser liegt bei durchschnittlich 15 Seiten redaktionellem Teil (entspricht 28 Seiten Mitteilungsblatt einschließlich Amtliche Bekanntmachungen und Werbung). Der Aufwand in Arbeitszeit liegt hierfür bei circa 75 Stunden pro Ausgabe (Fotos, Recherche, Seitenzusammenstellung- und -gestaltung, Korrektur, Druckfreigabe, Abstimmungen usw.), dies entspräche ca. einer halben Stelle lt. Stellenplan. Den derzeitigen Kosten für den Honorarvertrag von ca. 15 000 € (lt. HH-Ansatz) stünden Personalkosten bei Erfüllung in der Verwaltung von rund 23 000 Euro (0,5 WAZ) gegenüber, hinzu kämen Sachkosten des Arbeitsplatzes.“ (siehe Anlage 2 der Anlagen 1 bis 13 zu Anträgen zum HHPE 2015-2016)

Reg.-Nr. 35-15 Antrag 6 - SPD/Grüne-Fraktion

- **5.000 Euro zusätzlich zur Verwendung im Seniorenbeirat nach einer zu erarbeitenden Förderrichtlinie**

Die Einstellung von Mitteln in den Haushaltsplan wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Sollte der Antrag eine Mehrheit finden, kann nach Erarbeitung einer Förderrichtlinie bei Vorlage einer Deckungsquelle über die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für diesen Zweck entschieden werden.

Reg.-Nr. 36-15 Antrag 7 - SPD/Grüne-Fraktion

- **10.000 Euro zweckgebundener Zuschuss an den Verein VIVERE (für Arbeitskreis „Asyl und Migration“)**

Eine Stellungnahme erfolgte bereits im Rahmen der Beantwortung der Anträge zum Haushaltsplanentwurf (siehe Unterlagen zum TOP 2.4 Stadtrat 02.03.2015, Drucksachen Nr.: 134/2015)

„Im Haushaltsplanentwurf 2015/2016 bis 2019 sind jährlich 5.500 EUR für die Koordinierungsstelle gegen Rechts eingeplant. Darüber hinaus wird der Verein Vivere jährlich direkt von der Stadt Plauen unterstützt. Aufgrund des Wegfalles des Bundesprogrammes ab 2015 haben wir versucht, alternative Finanzierungsmöglichkeiten dafür zu finden und uns dazu mit der Sparkasse Vogtland bzgl. der Finanzierung aus einer Stiftung in Verbindung gesetzt. Daher beinhaltet der Haushaltsplanentwurf dazu folgendes: Wegfall des geplanten Zuschusses Vivere iHv. 8.000 EUR vorbehaltlich der Bereitstellung von Stiftungsmitteln.“ (siehe Anlage 8 der Anlagen 1 bis 13 zu Anträgen zum HHPE 2015-2016)

Reg.-Nr. 19-15 Antrag zu „Sportförderung für Vereine, Teilergebnis-HH Schlüsselprodukt 421000 – Sportförderung, Zuschuss für überregionale Wettkämpfe – Fraktion DIE LINKE

Die Stellungnahme der Verwaltung ist als Anlage 13 der Zusammenstellung zu den Anträgen, Forderungen und Anfragen der Fraktionen beigefügt. Ergänzend wird nochmals darauf hingewiesen, dass ab 2014 gemäß Kaufvertrag Vogtlandklinikum kein Zuschuss mehr für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt wird, der bis 2013 auch für die Unterstützung der überregionalen Wettkämpfe verwendet wurde.

Zu den frei werdenden Mitteln aus dem Wegfall des Zuschusses an den Post SV ist zu sagen, dass die Stadt Plauen umfangreiche Mittel für die Baumaßnahme an der Skaterhalle aufgebracht hat sowie auch in 2015 noch geplant hat.

Daher wird der Antrag von der Finanzverwaltung **nicht** befürwortet.

...

Nach Rücksprache mit der Fraktion „DIE LINKE“ bezieht sich der Antrag auf die Jahre 2015 und 2016. Wenn er beschlossen wird, ergibt sich in den beiden Jahren jeweils ein Mehrbedarf von 3.791 EUR, damit insgesamt 7.582 EUR.

Reg.-Nr. 38-15 Antrag 9 - SPD/Grüne-Fraktion

- **Zusätzlich 3.800 Euro im Haushaltsjahr für Teilnahme an überregionalen Sportwettkämpfen der Vereine**

Eine Stellungnahme erfolgte bereits im Rahmen der Beantwortung der Anträge zum Haushaltsplanentwurf (siehe Unterlagen zum TOP 2.4 Stadtrat 02.03.2015, Drucksachen Nr.: 134/2015)

„Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird vom Stadtsportbund Plauen e.V. befürwortet, dieser betont dabei die Wichtigkeit der Unterstützung der Sportvereine zur Realisierung des Wettkampfbetriebes im Kinder- und Jugendbereich. Im vergangenen Jahr wurde diese feste Größe der Sportförderung von 16.000 € auf 10.000 € gekürzt, um die Bezuschussung der Übungsleiter- und Trainerpauschale (1,50 €/ÜZE) für den laufenden Trainingsbetrieb zu sichern. Diese Variante wurde mitgetragen, da die Zu-

wendung an die ehrenamtlich tätigen Übungsleiter mit höherer Priorität bewertet wird, wie die der überregionalen Wettkämpfe.

Trotzdem sind genau diese Wettkämpfe für die betreffenden Plauener Vereine wichtig, für die sportliche Entwicklung des einzelnen Sportlers und für den sportlichen Leistungsvergleich in den Mannschaftssportarten und bedürfen deshalb der Unterstützung durch die Stadt Plauen.

Eine finanzielle Zuwendung von 10.000 € wäre wünschenswert.

Aus meiner Sicht ist die Zuwendung in Höhe von 6.209 €, wie sie der Zeit geplant ist, ausreichend. Hierzu müssten die Vergabekriterien innerhalb der Sportförderung an die finanziellen Bedingungen angepasst werden.“ (siehe Anlage 13 der Anlagen 1 bis 13 zu Anträgen zum HHPE 2015-2016)

Eine weitere Stellungnahme der Verwaltung erfolgte am 27.02.2015 zum Antrag Reg.-Nr. 19-15 „Sportförderung für Vereine, Teilergebnis-HH Schlüsselprodukt 421000 – Sportförderung, Zuschuss für überregionale Wettkämpfe.

„Die Stellungnahme der Verwaltung ist als Anlage 13 der Zusammenstellung zu den Anträgen, Forderungen und Anfragen der Fraktionen beigefügt. Ergänzend wird nochmals darauf hingewiesen, dass ab 2014 gemäß Kaufvertrag Vogtlandklinikum kein Zuschuss mehr für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt wird, der bis 2013 auch für die Unterstützung der überregionalen Wettkämpfe verwendet wurde.

Zu den frei werdenden Mitteln aus dem Wegfall des Zuschusses an den Post SV ist zu sagen, dass die Stadt Plauen umfangreiche Mittel für die Baumaßnahme an der Skaterhalle aufgebracht hat sowie auch in 2015 noch geplant hat.

Daher wird der Antrag von der Finanzverwaltung nicht befürwortet.

Nach Rücksprache mit der Fraktion „DIE LINKE“ bezieht sich der Antrag auf die Jahre 2015 und 2016. Wenn er beschlossen wird, ergibt sich in den beiden Jahren jeweils ein Mehrbedarf von 3.791 EUR, damit insgesamt 7.582 EUR.“

Reg.-Nr. 18-15 Antrag zu „Vorhaben Topfmarkt 11, Flst. 166 Gemarkung Plauen“ – Fraktion DIE LINKE

Damit der Topfmarkt städtebaulich entwickelt werden kann, sind der Erwerb und Abbruch des ruinösen Hauses Topfmarkt 11 und der Ankauf der Flurstücke 166a und 167 notwendig. Ohne diese Maßnahme ist davon auszugehen, dass wegen der negativen Erscheinungsbildes des ruinösen Hauses im Umfeld auch in Zukunft keine privaten Investitionen getätigt werden. Die Haushaltsansätze wurden nochmal kritisch hinterfragt. Diese beinhalten sowohl die zu erwartenden Erwerbs- als auch die Abbruchkosten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Reduzierung nicht möglich.

Es wird daher gebeten, den Haushaltsansatz unverändert zu lassen.

Reg.-Nr. 37-15 Antrag 8 - SPD/Grüne-Fraktion

- **Zusätzliche Mittel in Höhe von 12.200 Euro zweckgebunden im Rahmen der Städtepartnerschaften**

Zum Thema Städtepartnerschaften gibt es zwei Buchungsstellen mit folgenden Planansätzen:

Buchungsstelle	Planansatz 2015	Planansatz 2016
0-01-302/111106/4271000 (Partnerschaften, Ehrungen, Repräsentationen, besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen)	12.500 Euro	14.000 Euro
0-01-302/111106/4271020 (Partnerschaften, Ehrungen, Repräsentationen, Vereine)	3.000 Euro	3.000 Euro

Die letztgenannte Buchungsstelle beinhaltet die Gelder, mit der Begegnungen zwischen Vereinen, Verbänden oder Schulklassen laut der „Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen an Vereine, Verbände oder Schulklassen mit Sitz in der Stadt Plauen“ bezuschusst werden.

U.a. ist eine Übersicht der Planansätze und der jeweils beantragten und somit ausgezahlten Gelder seit 2007.

Eine Erhöhung des Planansatzes müsste eine Änderung der „Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen ...“ einhergehen. Sowohl in seiner Sitzung im Oktober 2013 als auch im März 2014 hat sich der Beirat für Städtepartnerschaften mit dem Thema „Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen ...“ befasst und sich zum jeweiligen Zeitpunkt aufgrund der angespannten Haushaltsituation der Stadt Plauen gegen eine Anpassung der Richtlinie ausgesprochen, sie zu einem späteren Zeitpunkt jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Die im Finanzausschuss beschlossene „Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen ...“ besagt, dass Begegnungen in Plauen mit 5 Euro pro Gastperson (Höchstgrenze pro Gruppe jedoch maximal 150 Euro) bezuschusst werden. Bei Fahrten in die Partnerstädte werden die angefallenen Fahrtkosten zu einem Drittel bezuschusst. Eine Ausnahme bilden Schülerfahrten, hier werden die Fahrtkosten zu 50 % bezuschusst. Aufgrund der großen Entfernungen zu den Partnerstädten Cegléd (Ungarn), Pabianice (Polen) und Šiauliai (Litauen) ist auch der zeitliche Aufwand mit An- und Abreise für Vereine und Schulklassen schwierig.

Derzeit gibt es mit den Partnerstädten lediglich zurückhaltende Kontakte. In Cegléd, Pabianice und Šiauliai haben Bürgermeisterwahlen stattgefunden (in Cegléd und Pabianice wurden neue Bürgermeister gewählt, der Ausgang in Šiauliai ist derzeit noch unbekannt). Welche Rolle den Städtepartnerschaften zukommt, auch in Anbetracht der finanziellen Situation der Städte, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

Eine Erhöhung des Planansatzes wird von der Verwaltung nicht befürwortet, bei begründetem Mehrbedarf kann im Haushaltsvollzug über die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel entschieden werden.

Reg.-Nr. 39-15 Antrag 10 - SPD/Grüne-Fraktion

- **Reduzierung der Investitionskosten für die Außenanlagen der Schlossterrassen**

Planungsziel:

Der Plauener Schlosshang soll als lebendige Verbindungsachse zwischen dem Campus Schlossgebiet und den 1A-Lagen des Stadtzentrums mit der Plauener Altstadt sowie zwischen den Tälern von Syra und Weißer Elster gestaltet werden. Die vielfältig geplante Aufenthaltsqualität auf den Plauener Schlossterrassen soll die Studenten der Berufsakademie, Einwohner und Gäste der Stadt begeistern und zur weiteren Belebung des Plauener Stadtzentrums beitragen. Die historischen Wegebeziehungen werden wiederbelebt, die Nord - Süd -Verbindung dabei barrierefrei. Die vorhandenen Terrassierungen werden baulich saniert und in Wert gesetzt. Die Sicherung und Sanierung des Hanges, der vorhandenen Stützmauern, der Kellereingänge sowie der unterirdischen Hohlräume erfolgt parallel. Die bauliche Umsetzung ist in 3 Bauabschnitten über mehrere Jahre geplant. Die Maßnahme „Schlossterrassen“ wird über das Programm der städtebaulichen Erneuerung „Stadtumbau-Ost“ gefördert (2/3 der Gesamtkosten) und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Projekt des Freistaates „Campus Schlossberg“.

Fördermittel:

Eine reine Instandsetzung und Sicherung des Schlossberghanges ist aus fördermitteltechnischer Sicht nicht zulässig. Die Fördermittel fließen nur in Verbindung mit einer entsprechenden Aufwertung, gemäß vereinbarter Förderziele. Die Sanierung und Aufwertung „Plauener Schlossterrassen“ ist als Leitprojekt mit 1. Priorität im vom Stadtrat der Stadt Plauen beschlossenen „Stadtumbaugebiet Schlossberg“ verankert. Die Aufgabe dieses Projektes könnte schlimmstenfalls die gesamte Gebietsförderung in Frage stellen. Die benötigten Fördermittel wurden mit Haushaltsbeschluss 2014 gesichert und können nach den vereinbarten Jahresscheiben abgerufen werden.

Projekt:

Das Projekt Schlossterrassen besteht aus mehreren Bauabschnitten:

1. BA.: Amtsberg/Treppe Amtsberg - Zuwegung Berufsakademie (Eröffnung 2017, Erschließungsfunktion, Fluchtweg, Verbindungsweg zu Parkplätzen)

2.BA.: Sicherung des Hanges, der Stützmauern und der Eingangssituation Luftschutzmuseum sowie der gesamten Keller, Beginn Ausbau Amtsweg Basis Statisches Gutachten Saxotest, Absperrung Gelände

3.BA.: Fortsetzung nördliche Keller/Amtsweg/Bastion (Treppen und Wegebau, Beleuchtung, Geländer und Absturzsicherung, Ausstattung und Möblierung)

Baukosten:

1.BA 600 000 € inkl. Baunebenkosten - Haushaltmittel aus 2013 bis 2015
(Planung/Kampfmittel/Archäologie)

2.BA 1 100 000 € inkl. Baunebenkosten – Haushaltmittel aus 2016 bis 2018
(Planung/Kampfmittel/Archäologie)

3.BA 1 250 000 € inkl. Baunebenkosten - Planung für Folgejahre

Fazit:

Sollten für das Projekt, wie vorgeschlagen, insgesamt nur 500 000 € inklusive Eigenmittel zur Verfügung stehen, wären bereits im 1. Bauabschnitt die Mittel vollständig erschöpft. Das hätte zur Folge, dass eine Sperrung des Hanges und entsprechende Sicherung über Jahre mit Eigenmitteln erfolgen müsste, keine Förderung in Anspruch genommen werden kann und eine Aufwertung nicht erfolgt (Widerspruch zum Förderziel).

Eine weitere Betreibung des Luftschutzmuseums wäre mit starken Einschränkungen verbunden, die touristische Attraktivität geht verloren.

Ziel sollte sein, die Sicherheit komplett als Voraussetzung für eine schrittweise Aufwertung herzustellen.

Reg.-Nr. 24-15 Antrag zu „Zuschuss Kulturraum Vogtland“ – CDU-Fraktion

Dieser Antrag wird von der Verwaltung mit folgender Begründung **nicht** befürwortet:

Die sächsischen Kommunen bekommen über das Finanzausgleichsgesetz vom Freistaat Sachsen Finanzmittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Das gilt jedoch nur für Aufgaben, die gesetzlich dem Status der jeweiligen kommunalen Einheit zugeordnet sind.

Die Mitgliedschaft im Kulturraum ist eine originäre Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Daher bekommt die Stadt Plauen seit dem Verlust der Kreisfreiheit vom Land keine Mittel mehr zur Erfüllung dieser Aufgabe. Die Gelder sind in den Zuweisungen an den Vogtlandkreis enthalten. Dennoch hat die Stadt Plauen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, nach 2008 als kreisangehörige Stadt, freiwillig Mitglied im Kulturraum zu bleiben. Diese freiwillige Mitgliedschaft von Plauen im Kulturraum kann nach Sachlage dieser Zusammenhänge grundsätzlich nicht auf Dauer bestehen bleiben. Plauen hat in den vergangenen Jahren mit der damit verbundenen Zahlung der Kulturumlage den Vogtlandkreis in gleicher Höhe entlastet. Diese Zusammenhänge wurden vom Sächsischen Staatsministerium für Finanzen bereits im Jahr 2009 schriftlich so bestätigt.

Die Stadt Plauen hat so gehandelt, weil ihr die Kulturlandschaft im Vogtland sehr wichtig ist. Es sollten damit mögliche Probleme für die großen regionalen Kultureinrichtungen, die ihren Sitz in Plauen haben, nach der Einkreisung vermieden werden. Dafür wurden einschließlich der für 2015 geplanten Umlage seit 2009 Mittel in Höhe von 4,247 Mio. EUR aufgewendet.

Der Kulturraum Vogtland- Zwickau ist der Einzige in Sachsen, bei dem freiwillige Mitgliedschaften ehemaliger kreisfreier Städte bestehen. Görlitz ist also kein Kulturraummitglied.

In der gegenwärtigen Haushaltssituation der Stadt Plauen sind zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit sowie aufgrund des strukturellen Defizits unbedingt Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich. Deswegen sind wir gezwungen, insbesondere auch die Erfüllung der Aufgaben in Frage zu stellen, für die eine kreisangehörige Stadt nicht zuständig ist. Es ist zukünftig nicht mehr möglich, die Kulturumlage freiwillig aufzubringen.

Es ist vorgesehen, bis zum 30.06.2015 einen Beschlussvorschlag zum Austritt aus dem Kulturraum mit Wirkung zum 01.01.2016 in den Stadtrat einzubringen.

Sollte der Antrag beschlossen werden, ergibt sich daraus in den Jahren 2016 bis 2019 eine Mehrbelastung von 610 TEUR, damit insgesamt 2.440 TEUR.

Die genannten Deckungsquellen sind nicht veranschlagungsreif und können aus den nachfolgenden Gründen nicht eingeplant werden, daher ist bei Beschlussfassung des Antrages die Zahlungsfähigkeit der Stadt Plauen im Planungszeitraum **nicht** mehr gegeben.

Die Kosten für die Förderschulen sind -wie auch die Kosten für alle anderen Schulen in städtischer Trägerschaft- zumindest weitestgehend über den sogenannten Schüleransatz im Rahmen des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes (§ 7 Abs.4) gedeckt. Die genaue Deckungsquote schwankt dabei, da der zur Verfügung gestellte Betrag von der Höhe der gesamten Schlüsselmasse sowie der Steuerkraft abhängt.

Die Deckungsquelle „Umstrukturierung Kulturbetrieb in Auseinandersetzung mit dem Vogtlandkreis in die Vogtland Kultur GmbH“ ist ebenfalls nicht veranschlagungsreif. Erstens wurde bereits festgelegt, dass im Rahmen der Anträge der SPD/Grüne Fraktion bis zum 31.05. ein Strukturkonzept für den Kulturbetrieb erarbeitet wird, um Einsparungen zum Defizitausgleich für den Zeitraum 2016 bis 2019 zu erzielen. Zweitens sind gegenwärtig die Erfolgsaussichten für die Genehmigung weiterer Kultureinrichtungen in die Vogtland Kultur GmbH mit Zustimmung des Kreistages eher gering. Priorität sollte hier die begonnene Verhandlung zur Beteiligung des Vogtlandkreises an der Theater Plauen-Zwickau gGmbH haben- siehe auch Beschlussfassung zum Grundlagenvertrag (DS-Nr. 121/2014).

Reg.-Nr. 32-15 Antrag 3 - SPD/Grüne-Fraktion

- **Der OB wird beauftragt sicherzustellen, dass ein Austritt aus dem Kulturraum keine finanziellen Auswirkungen auf bestehende Förderungen des Kulturraumes an Einrichtungen und Vereine der Stadt Plauen hat.**

Hierzu wird auf die mündlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Göbel
Fachbedienstete für das Finanzwesen